

Der nächste GAU in Europa?

Der in Deutschland verkündete Ausstieg aus der Atomenergie kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass

- bei uns immer noch 8 AKWs in Betrieb sind und 9 weitere im „Nichtleistungsbetrieb“ – d.h. die Wiederinbetriebnahme ist möglich! –,
- die Frage der Endlagerung des Atommülls nach wie vor völlig ungeklärt ist und
- akute Gefahren für die Bevölkerung auch vom Transport nuklearer Materialien ausgehen. Hamburg ist die zentrale Drehscheibe Deutschlands zur Ver- und Entsorgung von Atomkraftwerken. Am 1. Mai 2013 entging die Stadt beim Brand des Frachters „Atlantic Cartier“ im Hafen nur knapp einer Katastrophe.

In Europa sind immer noch mehr als 70 AKWs in Betrieb. Sie sind zumeist veraltet und es ist keineswegs unwahrscheinlich, dass der nächste GAU in Europa stattfindet. Noch ist Zeit, die Nuklearanlagen kontrolliert abzubauen. Sollte das nicht rechtzeitig gelingen und es in Europa zu einem weiteren nuklearen GAU kommen, wären wohl kaum genügend Helfer dazu bereit, sich an der Eindämmung der Katastrophe zu beteiligen. Solche Einsätze sind reine Himmelfahrtskommandos. Daher würde die unmittelbare Schädigung von Mensch und Umwelt wahrscheinlich weit katastrophaler ausfallen als nach dem Unfall von Tschernobyl.

Atomwaffen abschaffen, AKWs abbauen

Wir leben immer noch – und heute wieder verstärkt – mit der Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen und zunehmend mit der Gefahr atomarer Katastrophen. Der einzige Schutz vor der atomaren Verseuchung besteht in der Vernichtung aller Atomwaffen, dem Abbau aller AKWs und der langfristigen neutralen internationalen Kontrolle aller Quellen von Strahlung aus militärischer und „friedlicher“ Nutzung. Wir fordern:

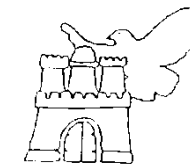
- Sofortige globale Abrüstungsverhandlungen mit dem Ziel der Vernichtung aller Atomwaffen
- Distanzierung der Bundesregierung von der atomaren Erstschlagdoktrin der NATO
- Abzug und Verschrottung, nicht Modernisierung der in Büchel gelagerten US-Atombomben
- Internationale Ächtung des Handels mit Kernbrennstoffen und kerntechnischen Anlagen
- Sofortige Abschaltung und schnellstmöglicher Abbau aller AKWs in Deutschland
- Schließung der Gronauer Urananreicherungsanlage, des Forschungsreaktors Garching und der Brennelementefabrik in Lingen

Wer ist das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.?
Wir kommen aus Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen oder sind Einzelpersonen, die am Frieden Interessierte zu gemeinsamem Handeln zusammenführen wollen. Wir veranstalten in Hamburg die Ostermärsche und die Antikriegsdemonstrationen zum 1. September und haben zu Demonstrationen gegen die Kriege gegen Jugoslawien, den Irak, Afghanistan und in der Ukraine aufgerufen. Weitere Informationen: www.hamburgerforum.org

V.i.S.d.P.: Thea Rann, 22179 Hamburg

HAMBURGER FORUM

für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.



Kundgebung zum Hiroshima-Tag 2016

Samstag, 6. August 2016, 16 Uhr

am Deserteursdenkmal (S-Dammtor/U-Stephansplatz)

US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki

Am 6. August 1945 warf ein US-Bomber eine Atombombe über Hiroshima ab. Eine riesige Explosions- und Hitzewelle verwandelte die Hafenstadt in eine lodernde Hölle. Ungefähr 80 Prozent der Stadt wurden sofort zerstört. Drei Tage später fiel eine weitere Bombe auf Nagasaki. Insgesamt wurden 200 000 Menschen getötet und über 100 000 verwundet. Zu den Opfern gehörten auch viele Zwangsarbeiter aus Korea und China. In den Jahrzehnten danach und bis heute gab es unzählige Opfer infolge der Verstrahlungen. Zum Zeitpunkt dieser beispiellosen Kriegsverbrechen war die Kapitulation Japans ohnehin klar. Ziel der US-Führung war nicht die Beschleunigung der Kapitulation, sondern eine Demonstration ihrer Macht – und ein Test der Bomben unterschiedlicher Bauart unter realen Bedingungen.

„Friedliche“ Nutzung der Atomenergie?

In den Folgejahren kam es weltweit zum Aufbau nuklearer Waffenarsenale und zur Förderung der Kerntechnik für die sogenannte „friedliche Nutzung“. Der „Atomwaffensperrvertrag“ verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, die Verbreitung der Kerntechnik für zivile Zwecke zu fördern. Doch wer die Technik zur „friedlichen Nutzung“ importiert, erwirbt zugleich die Fähigkeit zum Bau von Atomwaffen! Vor allem deshalb wurden und werden Atomkraftwerke (AKWs) weltweit gegen alle wirtschaftliche Vernunft – ohne massive staatliche Unterstützung wäre kein einziges profitabel – und trotz ihrer unkalkulierbaren Langzeitgefahren zur Stromerzeugung eingesetzt.

Das gilt auch für das stark erdbebengefährdete Japan, wo große Teile der Bevölkerung gegen AKWs waren, nicht zuletzt aufgrund der Bomben auf Hiroshima und Nagasaki. Natürlich setzten auch im Nachkriegsdeutschland interessierte Kreise auf die „Energie der Zukunft“. Eigene Atomwaffen waren für die BRD nicht durchsetzbar, man musste sich auf Teilhabe an den hier stationierten US-Atombomben und Mitsprache bei der Einsatzplanung beschränken. Doch wie Japan ist Deutschland eine „schlafende Atommacht“. Deutschland verfügt über eine Urananreicherungsanlage, immense Vorräte an Plutonium und das Know-how und könnte relativ kurzfristig Hunderte von Atombomben bauen. Japan verfügt über 48 Tonnen Plutonium, genug für mehrere tausend Nagasaki-Bomben.

Solange es Atomwaffen gibt, werden weitere Staaten die Atomtechnik für die angeblich friedliche Nutzung ausbauen. Daran hat auch die Katastrophe von Fukushima – wo die Betreibergesellschaft Tepco und die japanische Regierung mit den Folgen völlig überfordert sind – nichts geändert. Nur einige Beispiele: Die stark erdbebengefährdete Türkei errichtet an der Mittelmeerküste in Akkuyu ein AKW, zwei weitere sollen folgen. In Indien gibt es bereits mehr als 20 Atomreaktoren, 6 sind im Bau und 22 in Planung. Saudi-Arabien plant die Errichtung von 16 Reaktorblöcken und setzt dabei auf Unterstützung u.a. aus Frankreich und Südkorea, aber auch aus Russland und China. Frankreich, wo in 19 AKW-Zentren insgesamt 58 Reaktoren in Betrieb sind, baut derzeit in Flamanville an der Kanalküste einen neuen Druckwasserreaktor.

Anders als es in Deutschland den Anschein hat – und auch hier ist die Entwicklung keineswegs unumkehrbar –, ist weder die „friedliche“ noch die militärische Rolle der Kernenergie beendet. Im Gegenteil!

Modernisierung der Atomwaffen – auch der Bomben in Büchel

Gerade fünf Tagen im Amt leitete die neue britische Premierministerin Theresa May die Modernisierung der britischen Atomrüstung ein: Im Londoner Parlament fand der Antrag eine Mehrheit, für mehr als 30 Milliarden Pfund neue U-Boote als Träger der Trident-Atomraketen zu bauen. Die Begründung der Premierministerin war so zynisch wie bemerkenswert: „Die nukleare Bedrohung ist nicht verschwunden. Wenn überhaupt, dann hat sie sogar zugenommen. Es wäre eine große Unverantwortlichkeit, die britischen Atomwaffen abzuschaffen. Wir können nicht aus missverstandenen Idealismus unsere allerletzte Absicherung in der Zukunft aufgeben.“

Ende Mai 2015 war die UN-Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York gescheitert. Im Vordergrund der Debatten hatte die Einhaltung der Abrüstungsverpflichtung der fünf im Vertrag anerkannten Atomwaffenstaaten (Frankreich, Großbritannien, Russland, USA und VR China) gestanden, die alle kräftig in die Modernisierung ihrer Arsenale investieren. Weil das vorgelegte Abschlussdokument keinerlei konkrete Maßnahmen oder Fristen für die Abrüstung enthielt, koppelten die atomwaffenfreien Staaten ihre Zustimmung an die Forderung, bis März 2016 eine Konferenz zur Einrichtung einer massenvernichtungsfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten durchzuführen. Dieser Forderung verweigerten Großbritannien und die USA aus Rücksicht auf den Atomwaffenstaat Israel die Zustimmung – und damit war die UN-Konferenz gescheitert.

Schon im Oktober 2013 hatte der US-Forscherverband Union of Concerned Scientists (UCS) die schnell steigenden Kosten für die Atomrüstung der USA kritisiert. Die Forscher warfen der US-Regierung vor, unter dem Deckmantel der Modernisierung praktisch neue Nuklearwaffensysteme zu entwickeln. Die US-Regierung wolle in den kommenden 25 Jahren 60 Mrd. Dollar in die Modernisierung ihres nuklearen Arsenal investieren. Das allerdings sei nur ein Bruchteil dessen, was die USA in dieser Zeit insgesamt für ihre Atomwaf-

fen ausgeben würden. So rechnete die UCS allein mit Ausgaben in Höhe von 10 Mrd. Dollar für die Modernisierung der Fliegerbomben vom Typ B61, wie sie auch in Europa und in Deutschland – in Büchel/Rheinland-Pfalz – stationiert sind.



Noch die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte – entsprechend einem einstimmigen Beschluss des Bundestags – den Abzug dieser Atomwaffen versprochen. Davon ist längst nicht mehr die Rede, bis 2020 sollen die ersten „modernisierten“ Bomben verfügbar sein. Die bislang zum senkrechten Abwurf geeigneten Bomben sollen dann zu lenkbaren Waffen umgerüstet sein. Doch mit dieser Umwandlung in zielgenaue Angriffswaffen, die zudem mit unterschiedlicher Sprengladung ausrüstbar sind, sinkt ihre Einsatzschwelle. Der Unterschied zwischen taktischen und strategischen Bomben wird praktisch aufgehoben.

Wegen der völlig neuen Qualität der Sprengköpfe bedeutet diese „Modernisierung“ eine Neustationierung von Atomwaffen in Deutschland. Eine öffentliche Debatte dazu findet nicht statt. Die Bundesregierung will sich durch Modernisierung ihrer Atomwaffen-Trägerflugzeuge, der in Büchel stationierten Tornado-Jagdbomber, direkt an der neuen Aufrüstungsrunde beteiligen.

Zur Umrüstung sollen die Bomben in die USA und zurück geflogen werden – ein ausgesprochen gefährliches Unterfangen, denn die Sprengköpfe der Bomben, auch der neuen Version, sind extrem hitze- und feuerempfindlich.

Uranmunition und anderer Sondermüll

In den jüngsten Kriegen haben NATO-Staaten in erheblichem Umfang Uranmunition (DU-Munition, DU = Depleted Uranium/abgereichertes Uran) eingesetzt, besonders im Irak, aber u.a. auch in Jugoslawien und Afghanistan, und damit Bevölkerung und Soldaten einer Strahlenbelastung ausgesetzt; auch Israel soll in Gaza DU-Munition eingesetzt haben. Nach einer Erklärung der IPPNW ist der Irak das am stärksten durch Uranwaffen kontaminierte Land: Die USA und Großbritannien hätten in den Kriegen von 1991 und 2003 mindestens 400.000 kg Uranmunition verschossen. Abgereichertes Uran ist ein Abfallprodukt, das bei der Anreicherung von Uran für die Energieerzeugung und bei der Produktion von Kernwaffen anfällt. Gelangt es in den Körper von Menschen, kann es Krebs auslösen sowie Veränderungen des Erbguts und angeborene Fehlbildungen bewirken.

Als Ergebnis der Atomwaffenproduktion und der „friedlichen Nutzung“ der Kernenergie lagern weltweit inzwischen mehrere Tausend Tonnen waffenfähiges Uran und Plutonium, genug um Tausende Bomben herzustellen. Ihre strenge Bewachung ist keineswegs überall, schon gar nicht auf lange Sicht gewährleistet. Zudem existieren Tausende Strahlenquellen für industrielle und medizinische Zwecke unbewacht in Fabriken und Krankenhäusern, aber auch auf Müllhalden. Sie stellen schon heute und erst recht in Zukunft eine unkontrollierbare Gefahr für die Gesundheit und das Leben von Menschen dar, die unwissend und ungeschützt mit ihnen in Berührung kommen.